



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 20. März 2017  
(OR. en)

7051/17

PV/CONS 11  
SOC 173  
EMPL 131  
SAN 89  
CONSOM 74

## ENTWURF EINES PROTOKOLLS

---

Betr.: **3523.** Tagung des Rates der Europäischen Union  
(**Beschäftigung, Sozialpolitik**, Gesundheit und Verbraucherschutz)  
vom 3. März 2017 in Brüssel

---

## INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 3

### **NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN**

2. Annahme der Liste der A-Punkte ..... 3

### **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

3. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 [erste Lesung]..... 3

### **NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN**

4. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Verbesserung der Kompetenzen von Frauen und Männern auf dem EU-Arbeitsmarkt ..... 3
5. Europäisches Semester 2017 ..... 4
6. Dreigliedriger Sozialgipfel ..... 5
7. Sonstiges ..... 5

- ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 7

\*

\* \*

1. **Annahme der Tagesordnung**

6631/17 OJ CONS 11 SOC 143 EMPL 109 SAN 75 CONSOM 59

Der Rat nahm die vorgenannte Tagesordnung an.

**NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN**

2. **Annahme der Liste der A-Punkte**

6665/17 PTS A 16

Der Rat nahm die in Dokument 6665/17 enthaltene Liste der A-Punkte an.

Die Erklärungen zu diesen Punkten sind in der Anlage wiedergegeben.

**BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

*(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)*

3. **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 [erste Lesung]**

*Interinstitutionelles Dossier: 2016/0397 (COD)*

= Orientierungsaussprache

6269/17 SOC 91 EMPL 61 CODEC 207

15642/16 SOC 812 EMPL 549 CODEC 1910

+ ADD 1

+ ADD 1 REV 1 (en, fr, de)

Der Rat führte auf der Grundlage eines Orientierungsvermerks des Vorsitzes eine Orientierungsaussprache zu dem vorgenannten Vorschlag.

**NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN**

*(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)*

4. **Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Verbesserung der Kompetenzen von Frauen und Männern auf dem EU-Arbeitsmarkt**

= Annahme

6268/17 SOC 90 GENDER 6 EMPL 60 EDUC 45 ANTIDISCRIM 9

Der Rat nahm die in Dokument 6889/17 wiedergegebenen Schlussfolgerungen an.

## 5. Europäisches Semester 2017

= Orientierungsaussprache

6265/17 SOC 87 EMPL 57 ECOFIN 87 EDUC 42

Die Minister waren sich darin einig, dass die Wirtschafts- und Beschäftigungslage sich verbessert hat, dass jedoch weitere Fortschritte erforderlich sind, insbesondere im Hinblick auf Armut und Ungleichheiten. In dieser Hinsicht wurde es weitgehend begrüßt, dass der Beschäftigung und sozialen Aspekten im Rahmen des Semesters größere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Es wurde hervorgehoben, dass in Kompetenzen, Bildung und lebenslanges Lernen investiert werden und die Integration von Jugendlichen, älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt gewährleistet werden muss. Die Minister stimmten darin überein, dass Peer-Learning, Informationsaustausch und bewährte Verfahren einen äußerst wertvollen Mechanismus im Rahmen des Europäischen Semesters darstellen und dass die Einbeziehung der Sozialpartner in Reformprogramme und das Europäische Semester insgesamt von größter Bedeutung ist.

Auch die Intensivierung des Dialogs zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten wurde begrüßt, insbesondere der neue Ansatz der Kommission bei der Konsultation der Mitgliedstaaten zu den Entwürfen der Länderberichte, ehe diese veröffentlicht werden. Die Delegationen forderten ferner mehr Transparenz und eine stärkere nationale Eigenverantwortung für das Europäische Semesters.

a) **Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen: Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und Verringerung der Unterschiede innerhalb der EU**

b) **Vorrangige Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik: Politische Leitlinien für 2017**

i) Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Jahreswachstumsbericht 2017 und zum Gemeinsamen Beschäftigungsbericht

6266/1/17 SOC 88 EMPL 58 ECOFIN 88 EDUC 43 REV 1

ii) Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts

= Annahme

6267/17 SOC 89 EMPL 59 ECOFIN 89 EDUC 44

c) **Länderberichte 2017**

= Vorstellung durch die Kommission

6318/1/17 ECOFIN 92 UEM 22 SOC 93 EMPL 63 COMPET 94 ENV 135

EDUC 48 RECH 40 ENER 45 JAI 115 REV 1

Der Rat nahm die Schlussfolgerungen in der Fassung des Dokuments 6885/17 und den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht in der Fassung des Dokuments 6887/17 an. Er nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

6. **Dreigliedriger Sozialgipfel**

= Erläuterungen des Vorsitzes und der Kommission

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission und des Vorsitzes zur Vorbereitung des nächsten Dreigliedrigen Sozialgipfels am 8. März.

7. **Sonstiges**

*(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [Vorschlag des Vorsitzes] für die Punkte 7 a bis e)*

a) **Mitteilung der Kommission über sicherere und gesündere Arbeitsbedingungen für alle – Modernisierung der Rechtsvorschriften und Maßnahmen der EU im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz**

= Informationen der Kommission  
5431/17 SOC 27 EMPL 19

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

b) **Folgemaßnahmen zur Mitteilung der Kommission "Investieren in Europas Jugend"**

= Informationen der Kommission  
6431/17 SOC 102 EMPL 70 EDUC 55 ECOFIN 108 JEUN 25  
15420/16 JEUN 112 EDUC 427 EMPL 535 SOC 793 SPORT 89  
COHAFA 77 PROCIV 85 COMPET 654 ECOFIN 1175

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission zu den Maßnahmen, die im Anschluss an die Mitteilung mit dem Titel "Investitionen in Europas Jugend" ergriffen wurden.

c) **Arbeitsprogramme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz für 2017**

= Informationen des jeweiligen Vorsitzenden  
6430/17 SOC 101 EMPL 69 ECOFIN 107 EDUC 54  
6470/17 SOC 107 EMPL 74 ECOFIN 110 SAN 67

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses bzw. des Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialschutz über das Arbeitsprogramm des jeweiligen Ausschusses für das Jahr 2017 zur Kenntnis.

d) **Internationale Konferenz der UNECE "Eine nachhaltige Gesellschaft für alle Altersstufen: Verwirklichung des Potenzials für ein längeres Leben" (Lissabon, 21./22. September 2017)**

= Informationen der portugiesischen Delegation  
6605/17 SOC 141 EMPL 107 SAN 72

Der Rat nahm die Informationen der portugiesischen Delegation zur Kenntnis.

- e) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag**  
(*Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union*)
- **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung]**  
*Interinstitutionelles Dossier: 2016/0070 (COD)*  
= Informationen des Vorsitzes zum Sachstand

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes sowie die Bemerkungen der Kommission und von 21 Delegationen zur Kenntnis.

- f) **Wichtigste Ergebnisse der Studie des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) über "Wirtschaftliche Vorzüge der Geschlechtergleichstellung in der EU"**
- = Informationen eines Vertreters des EIGE  
6495/17 SOC 109 GENDER 7 EMPL 76 ANTIDISCRIM 11 EDUC 59

Der Rat nahm die Erläuterungen des Vertreters des EIGE zur Kenntnis.

---

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

**zu A-Punkt 3: Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen über den Abschluss eines partnerschaftlichen Abkommens über nachhaltige Fischerei und eines dazugehörigen Protokolls mit der Republik Ghana aufzunehmen**  
= Annahme

**ERKLÄRUNG DER KOMMISSION**

"Nach Auffassung der Kommission ist es nicht erforderlich, dass in einem Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen eine materielle Rechtsgrundlage angegeben wird."

**ERKLÄRUNG DER KOMMISSION**

"Gemäß Artikel 31 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gemeinsame Fischereipolitik erkennt die Kommission voll und ganz die Bedeutung einer nachhaltigen Nutzung der biologischen Meeresschätze und die daraus resultierende Notwendigkeit an, das Überschuss-Konzept im Sinne des Artikels 62 Absatz 2 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) reibungslos umzusetzen, und zwar insbesondere in den Fällen, in denen Partnerschaftsabkommen über nachhaltige Fischerei und die zugehörigen Protokolle den Zugang der EU-Außenflotte zu den Ressourcen in den Gewässern des Partnerlandes regeln.

Allerdings vertritt die Kommission in Bezug auf Artikel 64 des SRÜ und Artikel 31 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 die Auffassung, dass das Überschuss-Konzept in geringerem Maße auf die Fangtätigkeiten zur Bewirtschaftung weit wandernder Arten Anwendung findet, wobei die Bewirtschaftungsziele und -maßnahmen – Regeln für den prioritären Zugang, Fang-, Kapazitäts- oder Fischereiaufwandsbeschränkungen sowie gegebenenfalls Aufteilungsschlüssel – vorrangig auf regionaler oder subregionaler Ebene von den Vertragsparteien der zuständigen regionalen Fischereiorganisationen unter gebührender Beachtung der einschlägigen wissenschaftlichen Gutachten festzusetzen sind."